

Preis: DM 2,50 + Spende

KOMMUNALWAHLPROGRAMM



Bei den Wahlen für die Bezirksverordnetenversammlung
im Prenzlauer Berg am 10. Oktober 1999:

Deine Stimme für die SAV!

SAV

**Sozialistische
Alternative**

Inhalt:

Einleitung	2
Die Marktwirtschaft hat abgewirtschaftet.....	2
Warum die SAV gegen die PDS kandidiert.....	3
Eine neue Arbeiterpartei aufbauen	4
Die Demokratische Linke	5
Sozialistische Politik im Parlament	6
Warum die Kassen leer sind	6
Arbeit für alle!	7
Schluß mit Privatisierungen!	8
Erhalt aller Krankenhäuser	9
Preiswerter Wohnraum für alle	10
Der Jugend eine Zukunft	10
Stoppt Nazis und Rassisten	11
Der Prenzlauer Berg darf kein Bonzenviertel werden	12
Geld ist genug da, nur in den falschen Händen	12
Wut in Widerstand verwandeln	13
„Sozialismus ist Notwendigkeit geworden“ (Rosa Luxemburg)	14

Einleitung

Die Marktwirtschaft hat abgewirtschaftet

Arbeitslosigkeit, Umweltzerstörung, Kriege, Rassismus und die Bedrohung durch Faschisten - das ist die Wirklichkeit des „real existierenden“ Kapitalismus. Militärische Konflikte und Kriege werden durch die Marktwirtschaft nicht beseitigt. Im Gegenteil. Auf dem Balkan hat die NATO Jugoslawien ins Mittelalter zurückgebombt...

Seit es in Ostdeutschland wieder Marktwirtschaft gibt, wurden zwei Drittel aller Industriearbeitsplätze abgebaut. In der BRD sind offiziell vier Millionen



Josi, Leonie und Vivien: „Am 29. April haben wir einen SchülerInnenstreik gegen den Krieg auf dem Balkan auf die Beine gestellt. Mit diesem SchülerInnenstreik haben wir sowohl gegen Bundeswehr und NATO protestiert, als auch gegen Milosevic und alle anderen reaktionären Regime in der Region.“

arbeitslos. In der Europäischen Union zwanzig Millionen. Dabei tönen die Wirtschaftsverbände in den letzten Jahren von „Aufschwung“. Mit den Krisen in Südostasien, Rußland und Brasilien ist der Konjunktur-„Aufschwung“ vorbei. Laut Internationalem Währungsfonds befanden sich 1998 bereits 40 Prozent der Weltwirtschaft in der Krise. Mit der Marktwirtschaft geht es bergab.

Wenn die Unternehmer sagen, der Konkurrenzkampf zwingt sie dazu, Arbeitsplätze zu vernichten, dann spricht das nicht für Arbeitsplatzvernichtung, sondern gegen das Konkurrenzsystem. Wenn das Privateigentum an Produktionsmitteln dazu führt, daß die Existenzgrundlage der Menschen (Arbeit und Umwelt) geraubt wird, dann muß das Privateigentum in Gemeineigentum überführt werden.

Wir brauchen heute eine grundlegend andere Gesellschaft - weltweit. Unser Ziel ist eine sozialistische Demokratie - keine stalinistische Diktatur. Im Gegensatz zur Bürokratenherrschaft unter Honecker in der DDR wird in einer sozialistischen Gesellschaft die arbeitende Bevölkerung demokratisch darüber bestimmen, was und wie produziert wird.

Im Kapitalismus geht es nur um Profit. Produziert wird nicht, was gebraucht wird, sondern was den Mächtigen Profit bringt. Mächtig ist, wer das Geld, das Kapital hat, wer die Banken, die Konzerne, die Fabriken besitzt.

Die Banken und Konzerne der BRD haben ihre Gewinne seit 1980 mehr als verdoppelt. Laut Bundesbank betragen 1996 die Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen 771,4 Milliarden Mark.

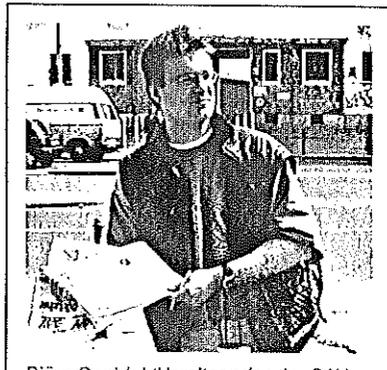
Keine der im Bundestag vertretenen Parteien tritt dafür ein, die Umverteilung der letzten Jahre rückgängig zu machen. Leider ist auch die PDS nicht bereit, sich mit dem Kapital anzulegen.

Warum die SAV gegen die PDS kandidiert

Wir haben die PDS in den letzten Jahren konsequent gegen die Hetzkampagnen der Bürgerlichen verteidigt. Die Kampagnen des Establishments gegen die PDS waren den Herrschenden nur ein Vorwand, von den Folgen der kapitalistischen Restauration abzulenken und generell sozialistische Ideen zu diskreditieren.

Die PDS ist die einzige im Bundestag vertretene Partei, die den Krieg der NATO auf dem Balkan ablehnt oder den EURO von links kritisiert. Leider ist die PDS nicht konsequent. Die Parteispitze hat längst ihren Frieden mit der Marktwirtschaft geschlossen.

Fast überall, wo die PDS Regierungsverantwortung übernimmt, tritt sie in die Fußstapfen der rechten Sozialdemokratie und macht keine grundlegend andere Politik. In Sachsen-Anhalt hat die PDS die Minderheitsregierung von SPD und Grünen toleriert und dabei



*Björn Spedel (Vorsitzender der SAV-Ortsgruppe im Prenzlauer Berg):
„Unsere Partei hat die Euro-Märsche gegen Arbeitslosigkeit mitorganisiert. Gegen die Schließung von Jugendclubs und Schulen haben wir Demos und Proteste vor der BVV durchgeführt. Als 1995 drastische Mieterhöhungen drohten, haben wir Mieterinitiativen aufgebaut. Als die Schließung des ABB-Werks in Pankow bekanntgegeben wurde, haben wir ein Solidaritätskomitee gegründet.“*

Sozialkürzungen zugestimmt. In Mecklenburg-Vorpommern ist sie mit der SPD eine Regierungskoalition eingegangen und betreibt Arbeitsplatzabbau und den Ausverkauf kommunalen Eigentums (Eurawasser oder Hafengesellschaft).

Nirgendwo mobilisiert die PDS ihre Mitglieder und UnterstützerInnen konsequent gegen Sozialabbau, Betriebsschließungen oder Neonazis. Die PDS könnte zum Beispiel gemeinsam mit Jugendlichen, Eltern und ErzieherInnen aktiv gegen Kürzungen im Jugend- und Bildungsbereich kämpfen. Stattdessen hat auch die PDS im Prenzlauer Berg dem Haushalt für 1997 zugestimmt, der die Halbierung des Etats für freie Träger der Kinder- und Jugendarbeit beinhaltet. Ein PDS-Jugendstadtrat Kleinert zeichnete sich im Prenzlauer Berg verantwortlich für die Schließungspläne des Mandel-Gymnasiums.

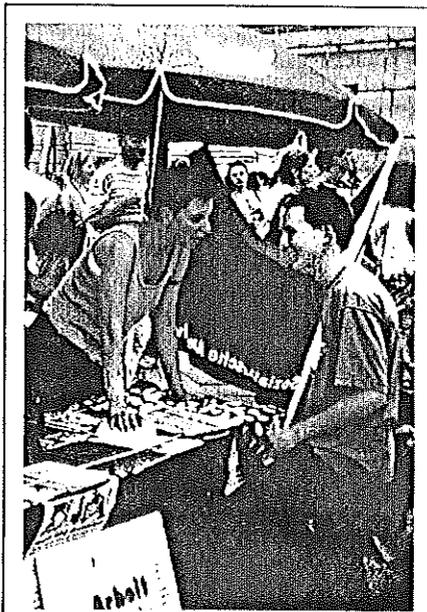
Die „roten Socken“ sind nicht farbecht! Zumindest für die PDS-Führung gilt das. Die meisten PDS-Funktionäre in den Parlamenten und Parteivorständen akzeptieren die Folgen der Marktwirtschaft, weil sie die Marktwirtschaft akzeptieren. Ihr Bekenntnis zum Sozialismus ist nicht mehr als ein Lippenbekenntnis. Die Lehren von 40 Jahren Stalinismus in der DDR hat die PDS-Führung nie gezogen. Bis heute hat sie kein klares Programm für eine wirkliche sozialistische Demokratie entwickelt.

Eine neue Arbeiterpartei aufbauen

Alle etablierten Parteien reden im Wahlkampf davon, daß sie Arbeitslosigkeit und Armut bekämpfen wollen. Aber nach jeder Wahl nehmen Armut und Arbeitslosigkeit nicht ab, sondern weiter zu. Egal, ob im Bund, im Land oder in der Kommune. Egal, ob unter Regierungen von CDU, FDP, SPD, Grünen oder mittlerweile auch der PDS.

Wenn wir uns auf die etablierten Parteien verlassen, dann sind wir verlassen. Wir können nur auf unsere eigene Kraft vertrauen. ArbeiterInnen, Arbeitslose, Azubis, SchülerInnen, Studierende oder RentnerInnen brauchen eine eigene, eine neue politische Interessenvertretung. Nötig ist der Aufbau einer neuen Arbeiterpartei. Die SAV will einen Anfang machen.

Wir sehen nicht tatenlos zu, wie die Reichen und Superreichen in den Chefetagen oder in den Parlamenten unsere Zukunft verbauen. Die SAV organisiert Gegenwehr gegen Sozialabbau, Umweltzerstörung und Nazi-Aktivitäten. SAV-Mitglieder sind aktiv in Betrieben, Gewerkschaften, Schulen, Hochschulen und Stadtteilen.



Alexandra Arnsburg (Telekom-Azubi, Jugendvertreterin): „In den Gewerkschaften arbeiten wir mit oppositionellen Mitgliedern zusammen. In der ÖTV beteiligen wir uns am „Netzwerk für eine kämpferische und demokratische ÖTV“.“

In Berlin und bundesweit setzt sich die SAV für kämpferische und demokratische Gewerkschaften ein. SAV-Mitglieder beteiligen sich am Aufbau innergewerkschaftlicher Opposition wie dem „Netzwerk für eine kämpferische und demokratische ÖTV“.

In Berlin hat die SAV Solidaritätskomitees gegen drohende Betriebsschließungen bei ABB oder AEG/ TRO gegründet. Um gegen kommunale Kürzungen vorzugehen, hat die SAV auf Bezirksebene zu Stadtteilversammlungen und Demos aufgerufen. Gegen die zunehmende Bedrohung durch Neonazis haben wir die Initiative zur Gründung von „Jugend gegen Rassismus in Europa“ (JRE) ergriffen, und Demos gegen die Kameradschaft Treptow oder gegen den Abschiebeknast Grünau mitorganisiert. Gegen den Krieg der NATO auf dem Balkan haben SAV-Mitglieder über JRE einen SchülerInnenstreik mit der Forderung nach einem sofortigen Ende der Kriegseinsätze durchgeführt.

Die Demokratische Linke

Bei den Wahlen zur Bezirksverordnetenversammlung im Prenzlauer Berg fordern wir alle diejenigen auf, die der Kürzungspolitik der etablierten Parteien nicht länger tatenlos zusehen wollen, am 10. Oktober die SAV zu wählen und gemeinsam mit uns aktiv zu werden.

Bei den Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus kandidiert die SAV nicht eigenständig. Bei den Abgeordnetenhaus-Wahlen unterstützen wir die Kandidatur der Demokratischen Linken (DL). Die SAV beteiligt sich aktiv am Wahlkampf der Demokratischen Linken und ruft dazu auf, bei den Wahlen zum Abgeordnetenhaus am 10. Oktober das Kreuz bei der DL zu machen.

Die Demokratische Linke ist ein Zusammenschluß von ehemaligen linken PDS-, SPD- und Grünen-Mitgliedern und AktivistInnen. Gründe für ihre Austritte waren die „kapitalfreundliche Politik“ der PDS, der „neoliberalen Kurs der SPD“ und die „Realität, daß die etablierten Parteien - inzwischen einschließlich der Grünen - fast ungebremst in den Krieg schlitzen, während sie offensichtlich unfähig sind, hier und anderswo in der Welt gegen schreiende Ungerechtigkeit und unhaltbare soziale Zustände - mit friedlichen Mitteln - anzukämpfen“ (aus dem Flugblatt „Die Demokratische Linke - Wer wir sind und was wir wollen“).

Hervorgegangen ist die DL aus der in der BVV Friedrichshain gebildeten Fraktion „Demokratische Linke Liste“. Ausgangspunkt waren Austritte aus der PDS-Fraktion auf Grund von „undemokratischen Strukturen, mangelnder Transparenz und schwerwiegender Differenzen über die von der PDS verantwortete Baupolitik im Bezirk.“

Während die PDS sich in Berlin für die Tolerierung einer rot-grünen Minderheitsregierung ausspricht, stellt die DL im Wahlkampf zum Abgeordnetenhaus unter anderem folgende Forderungen auf: „Wiedereinführung der Vermögenssteuer“, „Schluß mit der Ausverkaufspolitik“, „Mietsenkungen“, „Ökologische Belange dürfen nicht dem Gewinnstreben der Industrie geopfert werden“, „Weg mit § 218“, „Abschaffung der Berliner Abschiebeknäste“, „Halbierung der Militärausgaben sofort“, „Gleichstellung aller partnerschaftlichen Lebensformen, egal welchen Geschlechts und unabhängig der Ehe“.

Die Sozialistische Alternative (SAV) beteiligt sich beim Wahlkampf der Demokratischen Linken, weil die DL ein Ansatz in Richtung überregionale neue politische Interessenvertretung für ArbeiterInnen und Jugendliche sein kann.

Bei der DL treten die SAV-Mitglieder für eine Orientierung auf betriebliche und soziale Proteste ein. Wir sind der Ansicht, daß die Zukunft der DL entscheidend davon abhängig

sein wird, in wie weit es ihr gelingt, linke AktivistInnen in Betrieben und Gewerkschaften anzusprechen und für gemeinsame Gegenwehr zu gewinnen. Außerdem macht sich die SAV bei der DL dafür stark, die Reformforderungen mit einem sozialistischen Programm zu verknüpfen. Denn so wichtig der Kampf um Reformen ist, so offensichtlich ist es auch, daß im Zuge der tiefen Krise des kapitalistischen Systems heute auf Dauer keine Reform abgesichert werden kann.

Sozialistische Politik im Parlament

Sozialistische Stadträte würden keine einzige Mark bei Jugendlichen, Beschäftigten, Arbeitslosen und sozial Benachteiligten einsparen. Im Gegenteil. Sozialistische Stadträte würde Arbeitsplätze schaffen, Mieten und Gebühren senken, Schulen und Kitas besser ausstatten, die Zerstörung der Umwelt bekämpfen und gegen jede Form von Diskriminierung eintreten.

Mit diesem Programm wollen wir darstellen, wie eine sozialistische Kommunalpolitik finanziert werden kann. Außerdem wollen wir einen Weg aufzeigen, wie wir dieses Geld erkämpfen können.

Mit diesem Programm wollen wir alle auffordern, selber aktiv zu werden und sich in die eigenen Angelegenheiten einzumischen.

Wählen allein reicht nicht. Wir rufen jeden auf, beim Aufbau einer neuen Partei für ArbeiterInnen, Arbeitslose und Jugendliche mitzuhelfen und Mitglied der SAV zu werden.



*Antje Zander,
Kandidatin der
SAV zur Bezirks-
verordnetenver-
sammlung im
Prenzlauer Berg:*

*„Wir lehnen Be-
reicherung und
Korruption ab.
Unsere Vertreter-
Innen verpflichten
sich, keine Privile-
gien anzunehmen
und die eigenen
Finanzen jährlich
offen zu legen.“*

Warum die Kassen leer sind

Die Schulden der Kommunen steigen Jahr für Jahr, Monat für Monat, Tag für Tag. Berlin ist mit 60 Milliarden Mark verschuldet. Die Krise der öffentlichen Haushalte ist eine Krise der kapitalistischen Wirtschaft.

Die Kommunen sind davon doppelt betroffen: Zum einen steigen die Ausgaben im Zuge von Armut und Arbeitslosigkeit. Die Ausgaben für Sozialhilfe müssen von den Kommunen aufgebracht werden. Zum anderen sinken die Einnahmen.

Den Unternehmern wird über Steuergeschenke, Privatisierungen und Subventionen gegeben, was uns genommen wird:

- Daimler (ein Konzern, der keine Mark Steuern zahlen muß), bekam sein Gelände auf dem Potsdamer Platz für einen Spottpreis
- Siemens, mit rund 17.500 Beschäftigten der größte industrielle Arbeitgeber Berlins, erhielt 800 Millionen Mark Subventionen für seine Chip-Fabrik in Dresden (im Geschäftsjahr 1997/98 konnte Siemens den operativen Gewinn auf 2,66 Milliarden Mark steigern)

Unter Rot-Grün geht es da weiter, wo Kohl aufgehört hat.

Arbeit für alle!

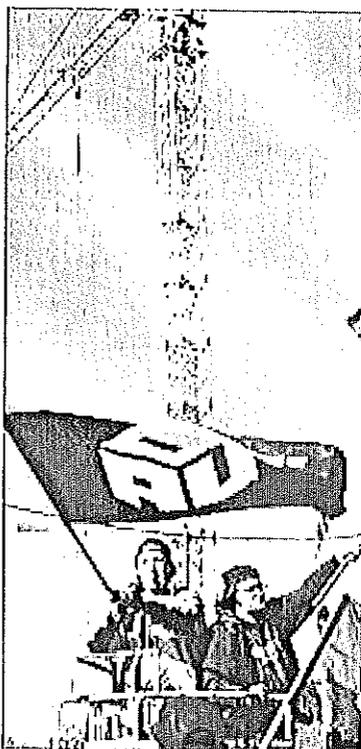
Berlin ist die größte Baustelle Europas. Gebaut wird der Großflughafen und die Transrapidstrecke, um den Standort Berlin im Interesse des Kapitals attraktiver zu machen. Gebaut wird die Daimler-Chrysler-City auf dem Potsdamer Platz. Gebaut wird für den Umzug der Bundesregierung.

Berlin ist Hauptstadt - Hauptstadt der Arbeitslosen. Nach der kapitalistischen Vereinigung wurden zwei Drittel aller Industriearbeitsplätze abgebaut. Im Öffentlichen Dienst wurde ein Viertel aller Stellen gestrichen. Jeder sechste Berliner ist heute auf der Suche nach Arbeit. 10.000 SchulabgängerInnen sind ohne einen Ausbildungsplatz.

Obwohl Tausende von Wohnungen fehlen, haben in Berlin allein 1997 mehr als 10.000 Bauarbeiter ihre Arbeit verloren.

An den Berliner Schulen fallen jede Woche 15.000 Überstunden an. Dafür könnten 600 Lehrkräfte eingestellt werden.

Auf der einen Seite Massenarbeitslosigkeit - auf der anderen Seite würde es genug zu tun geben. Dennoch werden - auch in Berlin - weitere Stellen zusammengestrichen: Bei der BfA (Bundesversicherungsanstalt für Angestellte) sollen 12.000 der 16.000 Arbeitsplätze wegfallen. Kündigungen drohen.



Die geplante fast vollständige Aushöhlung des Ladenschlußgesetzes wird auch keine neuen Stellen schaffen. Das, was von unserem Lohn (oder von unserem Arbeitslosengeld) bleibt, können wir nur einmal ausgeben, egal wie lange Läden und Geschäfte geöffnet haben. Stattdessen werden mit den Plänen des CDU/ SPD-Senates in der Vergangenheit erkämpfte Arbeitnehmerrechte ausgehebelt und ungesicherten Arbeitsverhältnissen und Billigjobs Tür und Tor geöffnet.

Wir fordern:

- Erhalt aller Arbeitsplätze. Keine betriebsbedingten Kündigungen
- Einführung der 30-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich für alle städtischen Beschäftigten
- Für ein öffentliches Investitionsprogramm in den Bereichen Bildung, Umwelt, Wohnungsbau und Soziales zur Schaffung von jährlich 20.000 Arbeitsplätzen in Berlin
- Für einen massiven Abbau von Überstunden. Schluß mit Flexibilisierung und Billigjobs. Die Stadt muß Vorreiter sein
- Keine weitere Aushöhlung des Ladenschlußgesetzes
- Qualifizierte Ausbildungsplätze für alle. Unbefristete Übernahme im erlernten Beruf

Schluß mit Privatisierungen!

Ziel des Berliner Senates ist der Verkauf des gesamten öffentlichen Eigentums der Stadt. Nach der Privatisierung von Bewag und Gasag, Wohnungsbaugesellschaft Gehag und Krankenhäusern sollen nun die BVG, die BWB und die BSR verscherbelt werden.



Unserer Meinung nach sind Privatisierungen Diebstahl an öffentlichem Eigentum. Privatisierungen sind immer zum Nachteil der arbeitenden Bevölkerung, egal ob als Kunden oder als Beschäftigte. Wo privatisiert wird, müssen nicht nur die eigentlichen Kosten bezahlt werden, sondern auch die Gewinne der privaten Unternehmer.

Das Beispiel Bewag spricht Bände: Die Tinte des Verkaufsvertrages war noch nicht trocken, als Strompreissenkungen für Großkonzerne wie Siemens in Höhe von 100 Millionen Mark im Jahr beschlossen wurden. In den nächsten vier Jahren

soll die Belegschaft von 8.600 auf 6.300 reduziert werden.

Bei der Gasag soll nach der Privatisierung sogar jeder zweite Arbeitsplatz wegfallen: Von 2.400 Stellen sollen 1.250 Stellen gestrichen werden. Betriebsrat und ÖTV-Vorstand haben sich widerstandslos mit diesem sozialen Kahlschlag abgefunden. Bereits in den letzten Jahren nutzte die ÖTV-Führung nicht die Kampfkraft der Beschäftigten. Diese Erfahrungen zeigen, daß es dringend nötig ist, aus den Gewerkschaften echte Kampforganisationen zu machen. Darum haben SAV-Mitglieder sich in den letzten Jahren auch für das „Netzwerk für eine kämpferische und demokratische ÖTV“ engagiert.

Wir fordern:

- Stopp von Privatisierungen
- Rücknahme aller bisherigen Privatisierungen
- Demokratisierung des Öffentlichen Dienstes

Erhalt aller Krankenhäuser

Die Große Koalition von SPD und CDU hat beschlossen, 9 Krankenhäuser zu schließen, 4.000 von 26.000 Betten zu streichen und 8.600 Arbeitsplätze zu vernichten. Alle städtischen Kliniken sollen in private Hand übergehen.

Auch im Gesundheitswesen gilt die Logik der Marktwirtschaft: Gewinne werden privatisiert, Verluste sozialisiert. Während die Berliner Kliniken bald „am Tropf hängen“, haben die Pharmakonzerne in den neunziger Jahren Rekordgewinne eingefahren.

Die SAV ist der Meinung: Mit unserer Gesundheit darf kein Profit gemacht werden. Dagegen erklärt das „Krankenhaus-Gutachten“, auf das sich die Große Koalition stützt, klipp und klar: „Es bestehen daher keine ernstlichen Zweifel daran, daß ein Krankenhaus als Wirtschaftsbetrieb und damit auch als Unternehmen im betriebswirtschaftlichen Sinne anzusehen ist. Dies sind Betriebe des marktwirtschaftlichen Wirtschaftssystems, die durch die Möglichkeit, ihren Wirtschaftsplan selbst zu bestimmen und nach größtmöglichen Gewinn zu streben, gekennzeichnet sind“ („Gutachten“, 1. Teil, Kapitel 6).



Demonstration des Berliner ötv-Aktionskomitees Kliniken 1998

Wir fordern:

- Ausbau statt Abbau im Gesundheitswesen
- Erhalt aller Betten, Stellen und Kliniken
- Enteignung der Pharmakonzerne. Demokratische Kontrolle und Verwaltung durch die arbeitende Bevölkerung
- Für ein kostenloses staatliches Gesundheits- und Pflegesystem

Preiswerter Wohnraum für alle

Verkehrte Welt: Auf der einen Seite ist Wohnraum nach wie vor Mangelware, auf der anderen Seite stehen in Berlin 18.000 Wohnungen leer (laut Bausenator Klemann). Das Berlin-Brandenburger Wohnungsunternehmen (BBU) geht sogar von 50.000 nicht vermieteten Wohnungen in der Stadt aus.

Anfang der neunziger Jahre gab es in Ost-Berlin 150 instand-besetzte Häuser. Inzwischen ließ der Senat die letzten besetzten Häuser räumen.

Beherrscht wird der Berliner Wohnungsmarkt heute mehr denn je von Miethaien und Spekulanten. Öffentlich geförderte Wohnungen wurden in den letzten Jahren verschleibt. Wohnungsbaugesellschaften wurden privatisiert oder stehen vor dem Verkauf.

Wir fordern:

- **Kein Verkauf von Wohnungsbaugesellschaften. Rücknahme aller Privatisierungen**
- **Für ein öffentliches Wohnungsbauprogramm zur Schaffung von gutem und preiswerten Wohnraum für alle ab 16 Jahren**
- **Sofortiger Mietestopp. Senkung der Mieten auf 20 % des Nettoeinkommens**
- **Verbot von Maklertätigkeit. Für eine kostenlose kommunale Wohnungsmittlung**

Der Jugend eine Zukunft

Den Kitas wurde das Geld für Vertretungen gestrichen. 400 Schulen sind sanierungsbedürftig. Die Ausgaben für Lehr- und Lernmittel wurden seit 1992 vom Senat halbiert. 57 Schulen sollen an die Deutsche Bank und andere private Investoren verkauft werden. Eine Elite wird gefördert. Bildungsfabriken sollen produzieren, was der Markt braucht. Während 30.000 Studienplätze gestrichen werden, bringt der Senat 500 Millionen Mark für den Wissenschaftspark Adlershof auf.

Wer sich politisch engagiert, wird kriminalisiert. Polizeiliche Überwachung von Streiks und Demos, mehrere Dutzend Festnahmen am Gedenktag für Luxemburg und Liebknecht, Räumung aller besetzten Häuser. Der Staat rüstet auf.

Wir fordern:

- **Einstellung aller arbeitslosen ErzieherInnen und LehrerInnen**
- **Kostenlose Kinderbetreuung bis zum 12. Lebensjahr**
- **Verdoppelung des Bildungsetats**
- **Rücknahme der Semestergebühr von 100 DM an den Unis**
- **Semesterticket entsprechend der Forderung der ASten als erster Schritt zum Nulltarif im öffentlichen Nahverkehr**
- **Ausbau statt Abbau von Mädchen- und Fraueneinrichtungen**
- **Keine sexistische Werbung auf städtischen Werbeflächen**
- **Keine Diskriminierung von Lesben, Schwulen, Bi- und Transsexuellen. Ausreichend Gelder für Einrichtungen und Selbsthilfegruppen**

Stoppt Nazis und Rassisten!



Mitglieder von SAV und JRE (Jugend gegen Rassismus in Europa) bei einer Protestaktion im Rathaus Pankow gegen die geplante Zentrale der "Republikaner"

Letztes Jahr gab es in Berlin offiziell 500 faschistische Straftaten. Eine Anlaufstelle für Neonazis ist der Laden „Harakiri“ in der Grellstraße im Prenzelberg. Die SAV ist der Ansicht, daß wir dem Anwachsen der Faschisten nicht tatenlos zusehen dürfen. Es ist dringend nötig, gegen Neonazi-Aktivitäten zu mobilisieren und sich ihrem Treiben aktiv entgegenzustellen - „mit allen notwendigen Mitteln“ (Malcolm X).

Die rassistische Politik der etablierten Parteien ist Wasser auf die Mühlen der Neonazis. Das gilt für die Kampagne der CDU gegen die doppelte Staatsbürgerschaft; das gilt aber auch für Parolen wie „kriminelle Ausländer raus und zwar schnell“ (SPD-Schröder). 1998 haben SPD und CDU 4.500 Flüchtlinge abgeschoben.

Nicht ImmigrantInnen schließen Betriebe oder erhöhen Mieten, sondern Unternehmer und Spekulanten. Wir dürfen uns nicht spalten lassen. Deutsche und nichtdeutsche ArbeiterInnen und Arbeitslose haben die gleichen Interessen.

Wir fordern:

- Stopp aller Abschiebungen.
Schließung aller Abschiebeknäste.
Bleiberecht für alle
- Wahrecht und gleiche Rechte für alle
- Keine öffentlichen Räume für Faschisten
- Mobilisierung gegen Nazi-Aktivitäten durch Gewerkschaften, PDS und antifaschistische Organisationen

„Wenn sie den Ku-Klux-Klan gewaltlos machen, dann werde auch ich gewaltlos sein. Aber es ist kriminell, einem Menschen Gewaltverzicht zu lehren, der das ständige Opfer rassistischer Attacken ist“
Malcolm X.

Der Prenzlauer Berg darf kein Bonzenviertel werden

Mittelkürzungen bei den Jugendeinrichtungen, Schließung von Kitas, unbezahlbare Mieten für alternative Cafes und Clubs wie das Casa und das Cafe Westphal, das Aus für die Kulturbrauerei und den Franz-Club... Seit Anfang der neunziger Jahre ist jeder Zweite aus dem Prenzlauer Berg weggezogen. In vielen Fällen waren es Arbeiterfamilien, die dem Stadtteil den Rücken kehren mußten.

Für den Haushalt 1999 hat die BVV-Mehrheit unter Federführung von SPD-Bürgermeister Kraetzer den Etat für Jugend und Bildung um 50 Prozent gekürzt! Es wäre aber auch keine Lösung, beim Grünflächenamt an Stelle der Schulen zu sparen, wie es die PDS vorschlägt.

Die etablierten Parteien reden von Sachzwängen. Die SAV steht für eine andere Politik. Unsere „Sachzwänge“ sind die Bedürfnisse der Menschen und der Umwelt. Wir treten für einen bedarfsgerechten Haushalt ein.

Wenn der Senat mit Zwangsverordnungen droht, muß der Stadtteil mobilisiert werden, um dem Senat die notwendigen Zuschüsse abzurufen. Da alle Bezirke mit dem Rotstift konfrontiert sind, wäre ein gemeinsamer Kampf aller Bezirke nötig.

Um entschlossenen Widerstand zu organisieren, sollten wir Stadtteilkomitees aufbauen, regelmäßige Versammlungen in den Betrieben und Bezirken durchführen und unter Beteiligung der Gewerkschaften gemeinsame, bereichsübergreifende Demonstrationen auf die Beine stellen.

Wir fordern:

- Rücknahme aller Kürzungen und Privatisierungen
- Kein Verkauf der WIP (Wohnungsbaugesellschaft)
- Für einen bedarfsgerechten Haushalt
- Für die Mobilisierung aller Bezirke gegen die Rotstiftpolitik des Berliner Senates
- Nein zur Bezirksreform, die zu weiterem Stellenabbau und schlechteren Leistungen führt

Geld ist genug da, nur in den falschen Händen

CDU und SPD reden von Sparpolitik. Aber die CDSPDU betreibt keine Sparpolitik, sondern eine Umverteilungspolitik. Eine Umverteilungspolitik von unten nach oben. Hauptstadtbauten und Prestigeprojekte werden auf unserem Rücken ausgefragt. Der Großflughafen kostet 7 Milliarden Mark. Der Tiergartentunnel kostet 4,5 Milliarden. Hunderte von Millionen für diese Standortpolitik schenkt der Senat den Unternehmern über Zuschüsse der Stadt.

Der Gewerbesteuersatz Berlins ist bundesweit einer der niedrigsten. Die Banken verdienen sich an den Schulden der Stadt sogar noch eine goldene Nase. Tag für Tag kassieren die Banken mehr als zehn Millionen Mark an Zinsen von Berlin.

Wir fordern:

- Drastische Erhöhung der Gewerbesteuer
- Keine Streichung der Gewerbeertragssteuer. Rücknahme der Streichung der Gewerbesteuer
- Ein Baustopp für alle Prestigeprojekte und Hauptstadtaufträge
- Verstaatlichung der Banken

Wut in Widerstand verwandeln

Es ist möglich, daß sich die Regierung am 10. Oktober ändert (Rot-Grün statt Große Koalition). Die Politik wird sich kaum ändern. Wie sehr sich SPD und Bündnis 90/Grüne bereits angepaßt haben, zeigt die neue Bundesregierung unter Schröder und Fischer.

Leider hat die PDS ihre Unterstützung in den letzten Jahren kaum genutzt, um außerparlamentarischen Druck aufzubauen. Die PDS-Führung akzeptiert die Marktwirtschaft. Auf Kommunal- und Länderebene hat sie begonnen, Sozialabbau und Privatisierungen mitzutragen. Auch unter dem PDS-Jugendstadtrat Kleinert wurden im Prenzelberg Jugendeinrichtungen dicht gemacht.

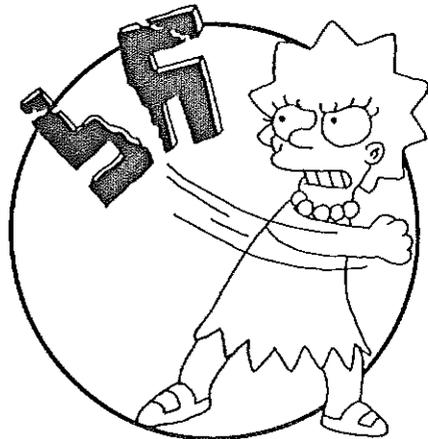
Darum führt kein Weg daran vorbei, eine neue kämpferische, antikapitalistische Partei für Beschäftigte, Jugendliche und sozial Benachteiligte aufzubauen. Die SAV will einen Anfang machen.

Viele PDS-Mitglieder sind bereit, sich zur Wehr zu setzen. Die SAV wird der PDS weiterhin Angebote machen, gegen Sozialabbau oder Rassismus gemeinsam zu kämpfen.

Stell dir vor...

Siemens und alle anderen Großkonzerne sind enteignet. An der Spitze stehen demokratisch gewählte Vertretungen der Belegschaften. In Berlin ist kein Mensch mehr arbeitslos. Die Arbeit wurde auf alle aufgeteilt. Die Pläne für den Umzug der Bundeshauptstadt und für den Großflughafen konnten gestoppt werden. Ein Museum wird eröffnet, das an die Pläne erinnert: das Museum für Standortpolitik und Größenwahn.

Die U-Bahn fährt wieder oberirdisch. Frauen brauchen keine Angst mehr haben, am Ostkreuz umzusteigen. In der Spree kann man wieder baden und prächtige Fische angeln. Das Hotel Adlon ist ein StudentInnenwohnheim. Die Galerie Lafayette ist eine Kindertagesstätte. Nach Marzahn trauen sich keine Nazis mehr rein, falls es noch welche geben sollte. Jede Straße hat ihren Jugendclub. In jeder Schule gibt es kostenlose Verhütungsmittel. Die BZ ist pleite. Schön wär's.



In Berlin kann die Demokratische Linke (DL) ein Ansatzpunkt in Richtung neuer politischer Interessensvertretung für die arbeitende Bevölkerung sein. Die DL ist ein Zusammenschluß von ehemaligen linken PDS-, SPD- und Grünen Mitgliedern und AktivistInnen. Die SAV tritt nicht eigenständig zu den Wahlen für das Abgeordnetenhaus am 10. Oktober 1999 an, sondern beteiligt sich am Wahlkampf der DL und unterstützt die Kandidatur der DL auf landesweiter Ebene.

Nach dem Wahltag drohen neue Etatkürzungen in den Bezirken und ein Sparhaushalt für das Jahr 2000. Um uns nicht gegeneinander ausspielen zu lassen, könnte ein berlinweiter Streik- und Protesttag, organisiert von der ÖTV, ein Auftakt für wirksame Gegenwehr sein.

Bisher wurde die ÖTV-Führung aber nur auf Initiativen der Basis aktiv. Darum kommen wir am Aufbau von oppositionellen Strukturen nicht vorbei, um aus den Gewerkschaften echte Kampforganisationen zu machen.

Wir dürfen uns nicht damit abfinden, daß der finanzielle Spielraum Berlins vom Bund immer weiter eingeschränkt wird. Mit dem Wettkampf der Städte in Standortfragen muß Schluß sein. Nötig wäre ein gemeinsamer Kampf gegen Bund und Kapital.



Horst Steinert: „Als ehemaliger Widerstandskämpfer gegen die Nazis kämpfte ich heute mit der jungen Generation. Die SAV hat gemeinsam mit JRE (Jugend gegen Rassismus in Europa) Demos gegen die Kameradschaft Treptow und gegen den Abschiebeknast Grünau organisiert.“

„Sozialismus ist Notwendigkeit geworden“ (Rosa Luxemburg)

Berlin steckt in einem Teufelskreis: Die Massenarbeitslosigkeit führt zu Steuerausfällen. Steuerausfälle und Hauptstadtlasten führen zur Schuldenexplosion. Die Schuldenexplosion führt zu weiterem Arbeitsplatzabbau, und damit zu weiteren Steuerausfällen usw. usf. Ist es auch Wahnsinn, so hat es doch System. Das System heißt Kapitalismus.

Dieses System wird immer schmarotzerischer. Das Kapital drängt verstärkt auf die Plünderung öffentlichen Eigentums, weil es nicht mehr genug profitable Anlagemöglichkeiten in der Warenproduktion findet. Im Zuge des internationalen Wirtschaftsabschwungs wird sich die kapitalistische Krise weiter verschärfen.

Darum verbindet unsere Partei den Kampf um Reformen mit dem Kampf für eine grundlegend andere, sozialistische Gesellschaft. Unserer Meinung nach ist in der DDR nicht der Sozialismus, sondern der Stalinismus gescheitert. Der DDR-Stalinismus mußte

Was können Stadträte tun?

Das Beispiel Liverpool

1983 gewannen sozialistische KandidatInnen der Labour Party die Kommunalwahlen. Die sozialistische Mehrheit im Gemeinderat beschloß den Bau von sechs Kindergärten, Sportzentren und 5.000 Sozialwohnungen, führte die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich ein und schuf bzw. sicherte ungefähr 10.000 Arbeitsplätze. Diese umfangreichen Reformen konnten gegen die konservative Thatcher-Regierung erkämpft werden, weil der Gemeinderat die arbeitende Bevölkerung mobilisierte. Zwei Generalstreiks, Demonstrationen mit bis zu 50.000 TeilnehmerInnen und ein illegaler Haushalt konnten staatliche Zuschüsse in Höhe von 60 Millionen Pfund erzwingen! Gestoppt wurden die Gemeinderäte trotz weiterer Wahlerfolge letztendlich durch die Zusammenarbeit von Maggie Thatcher und der rechten Labour-Führung. Zwar wurden die sozialistischen Gemeinderäte per Gericht entfernt, doch ihr Kampf bleibt ein Beispiel dafür, was kämpferische sozialistische Politik erreichen kann.

Die sozialistischen Gemeinderäte waren Mitglieder vom „Komitee für eine Arbeiterinternationale“ (KAI / CWI), dem auch die SAV angehört.



scheitern. Denn eine geplante Wirtschaft braucht Demokratie, wie der Körper Sauerstoff. Dank Staatseigentum und Planwirtschaft mußte sich niemand um Ausbildung, Arbeitsplatz und Rente Sorgen machen. Aber im SED-Regime herrschte die Diktatur einer abgehobenen, privilegierten Bürokratie.

In einer sozialistischen Demokratie würden die verstaatlichten Betriebe von jederzeit abwählbaren VertreterInnen der arbeitenden Bevölkerung kontrolliert und verwaltet werden. Wenn die industriellen Kapazitäten, die natürlichen Ressourcen und Arbeitskräfte vernünftig genutzt würden, müßte kein Mensch arbeits- oder obdachlos sein und mit dem Raubbau an der Natur könnte ein für alle mal Schluß gemacht werden.

Oft bekommen wir zu hören: „Eure Ideen klingen ja gut, aber ist der Mensch nicht zu schlecht für den Sozialismus?“ Es stimmt, daß heute viele Menschen egoistisch sind. Doch die heutige Konkurrenzwirtschaft fördert Egoismus und Ellenbogendenken. Der Mensch hat aber verschiedene Eigenschaften. Er kann auch solidarisch sein. Solidarität war ein Grundgedanke beim Aufbau der Arbeiterbewegung. In einer Gesellschaft, in der der mörderische Wettbewerb aufgehoben ist, in der Armut und Arbeitslosigkeit beseitigt sind, wird eine harmonische, solidarische Welt möglich sein.

„Es besteht kein Grund zu glauben, daß die Gier nach mehr Reichtum ein permanentes menschliches Merkmal ist. Wenn eine Ware nicht knapp ist, versucht niemand, sich mehr anzueignen, als ihm zusteht. Der Millionär und der Bettler begnügen sich beide mit genausoviel Luft, wie sie atmen können“

(George Orwell, britischer Sozialist, 1944).

Dafür kämpft die SAV:

Überführung der Banken und Großkonzerne in öffentliches Eigentum bei demokratischer Kontrolle und Verwaltung durch die arbeitende Bevölkerung

Wahl- und jederzeitige Abwählbarkeit aller Personen in Leitungsfunktionen.

Für einen durchschnittlichen FacharbeiterInnenlohn

Für eine demokratische Planwirtschaft



Mach mit bei der SAV!

Die SAV ist eine bundesweit organisierte, demokratische Partei. Die SAV hat sich mit sozialistischen Organisationen aus über 30 Ländern im „Komitee für eine Arbeiterinternationale“ zusammengeschlossen.

- Ich möchte weitere Informationen
- Ich möchte im Wahlkampf helfen
- Ich möchte Mitglied der SAV werden

SAV Berlin, Schönhauser Allee 26a, 10435 Berlin.
Tel. / Fax 030 - 4408429

Treffen: Jeden Montag, 19 Uhr, im „Kiezclub“,
Jabionski Str. 26, Prenzlauer Berg. Tram 1 / 20.

Spendenkonto: K. Raetz, Kto. 1824525148, BLZ 10050000,
Berliner Sparkasse. ViSdP: A. Amm, c/o SAV Berlin.
Internet: <http://www2.rz.hu-berlin.de/%7eh0444udk/>

SAV

Sozialistische Alternative